

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 11. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Einmarsch-Note überreicht.

Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger übergaben gestern Mittwoch nachmittags dem Reichsminister des Auswärtigen gleichlautende Noten folgenden Wortlauts:

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung in der Ausführung der Programme der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohle an Frankreich und gemäß den Bestimmungen von § 17 und 18 der Anlage 2 zu Teil VIII des Vertrages von Versailles hat die französische (belgische) Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur

Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlenyndikats

verschiedene Kontrollkommission ins Ruhrrevier zu entsenden, um durch die von ihrem Vorsitzenden an dieses Syndikat oder an die deutschen Verkehrsbehörden erteilten Befehle die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgelegten Programme sicherzustellen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Vollmachten dieser Mission werden durch die beiliegenden Urkunden bestimmt. Die deutsche Regierung wird gebeten, dieselben den beteiligten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit den erforderlichen Weisungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, italienische Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen.

Die französische Regierung legt Wert darauf zu erklären, daß sie

gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Befehung politischer Art zu schreiten.

Sie entsendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Sie muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrag von Versailles enthaltenen Verpflichtungen achtet.

Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutze der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken.

Keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen. Sie kann in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten.

Die Deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeit der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutze bestimmten Truppen.

Die französische Regierung

rechnet auf den guten Willen der Deutschen Regierung und aller Behörden,

welcher Art sie auch seien.

Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Unterbringung der sie begleitenden Truppen durch irgendein Manöver behindert oder in Frage gestellt werden, und sollten die örtlichen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verwirrung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebietes herbeiführen, so würden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich ergriffen werden.

Befugnisse der Kontrollkommission.

Der erste Absatz ist sinngemäß der gleiche wie in der Note selbst. Die Ingenieure und Beamten dieser Mission sollen bevollmächtigt sein, von den Verwaltungsorganen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Industriellen, Kaufleuten usw.

alle statistischen und sonstigen Auskünfte

einzuholen, deren Einholung sie für nützlich halten. Sie sind berechtigt, die besetzten Gebiete ihrer ganzen Ausdehnung nach zu bereisen, haben Zutritt zu allen Bureaus, Zechen, Fabriken, Bahnhöfen usw. und können dort alle Dokumente, Rechnungen und Statistiken einsehen.

Das Personal der deutschen Verwaltung sowie die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich

unter Androhung schwerer Strafen

für den Weigerungsfall den Mitgliedern der Kontrollkommission bei Ausführung ihres Dienstes völlig zur Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls nach den Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. Dieser ist berechtigt,

jede beliebige Aenderung hinsichtlich der Verteilung der Brennstoffe und jegliche Umleitung der mit Brennmaterial beladenen Eisenbahnwagen und Kohne anzuordnen. Die Ingenieure und Beamten der Mission sind mit einer von ihnen von den Militärbehörden besonders ausgewählten Geschäftsanzweisung versehen, die ihnen als Personalausweis dienen soll.

Kontrolle der Kohlenverteilung.

Ab 11. Januar 1923 unterliegen die vom Kohlenyndikat aufgestellten oder ausgeführten Verteilungspläne für Kohle und Koks der Genehmigung der „Industriellen Ruhrkommission“, die sie, wenn sie es für notwendig erachtet, abändern kann.

Diese Pläne haben insbesondere die vollständige Lieferung der vorgesehenen Mengen für die Länder der Entente und für die besetzten linksrheinischen Gebiete zu umfassen und müssen ausreichend sein, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen.

Unter diesen Vorbehalten ändert sich im Grundsatze nichts an der allgemeinen, jetzt in Kraft befindlichen Verteilung der Brennstoffe.

Falls Übertretungen obiger Vorschriften durch das Syndikat oder die Zechen festgestellt werden, aber

falls die gelieferte Qualität zu wünschen übrig läßt, würden schwere Strafmaßnahmen

ergriffen werden, ohne Rücksicht auf die Umleitungen im Eisenbahn- oder Wasserstraßenverkehr, welche von der „Industriellen Mission“ angeordnet werden könnten.

Die Ingenieure der Mission werden häufige Stichproben vornehmen, um sich zu vergewissern, daß die Anordnungen des Kohlenyndikats streng und genau befolgt sind.

Reichsminister Dr. v. Rosenbergs erklärte, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, daß er indessen schon jetzt gegen die angekündigte Aktion Protest erhebe, weil sie einen Bruch der Verträge und des Völkerrechts bedeute.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas begleitet die Uebersendung der vorstehenden Note mit der Hervorhebung, daß die Note erklären werde, daß die Mission von Truppen zu einem absolut friedlichen Zweck, nämlich dem, die Sicherheit der Mission und die Ordnung da aufrechtzuerhalten, wo sie ihre Tätigkeit ausübe, begleitet werde.

Mit Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Geschützen, Maschinengewehren, Tanks und Flugzeuggeschwadern rückt Frankreich in das Ruhrrevier ein. Dies ist jedoch, so werden wir befehrt, eine vollkommen friedliche Maßnahme. Nur ein ganz böswilliger Feind Frankreichs könnte die Ansicht vertreten, es handle sich hier um eine militärische Aktion.

Die deutschen Behörden, Industrie- und Handelsunternehmungen und Zivilpersonen sind freundlichst eingeladen, diesem friedlichen und rechtlichen Unternehmen der französischen Regierung jeglichen Beistand zu gewähren. Allerdings, sollten sie die Pflichten des Gehorsams gegenüber den neuen Herren verletzen, so werden ihnen die äußersten Unannehmlichkeiten angedroht.

Die Heuchelei hat drei Grade. Im ersten erzielt sie gewisse Erfolge. Im zweiten wirkt sie lächerlich. Im dritten schlägt sie zu widerwärtigem Stumpfsinn um. Dieser dritte Grad ist hier erreicht.

Der französische Einmarsch ist ein Gewaltstreich. Die deutschen Behörden und Zivilpersonen sind auf Grund keines Rechtes der Welt verpflichtet, von Leuten, die widerrechtlich eingedrungen sind, Befehle entgegenzunehmen. Nicht einmal auf Grund des Kriegsrechts, denn der Krieg ist gar nicht erklärt — es handelt sich ja um eine „vollkommen friedliche Aktion“.

Wer sich der fremden Gewalt fügt, schützt sich damit vor schlimmeren Gewaltmaßnahmen. Wer sich ihr nicht fügt, ist vollkommen in seinem Recht. Wenn ihm dafür auch nur ein Haar gekrümmt wird, so gibt es keine Regel des Völkerrechts, nach der die Schädigung, die ihm zugefügt wird, gerechtfertigt werden könnte.

Das festzustellen, ist heute Pflicht eines jeden Friedensfreundes, eines jeden Politikers, der die Verständigung mit einem Frankreich erstrebt, das sich vom Poincarismus befreit hat und mit rechtmäßigen Mitteln seine Interessen vertritt.

Die französischen Kontrollingenieure, die sich mit so stattdem bewaffneten Ehrengeleit nach dem Ruhrrevier begeben, werden dort eine Ueberraschung erleben. Das Kohlenyndikat ist ausgesessen, es hat seinen Sitz nach Hamburg verlegt und seine Funktionen bis auf weiteres eingestellt. Die Wirtschaftsregierung des Ruhrreviers hat ähnlich gehandelt wie die Reichsregierung beim Anmarsch der Kapp-Rebellen. Sie hat ihren Apparat dem unrechtmäßigen Zugriff der Eindringlinge entzogen.

Das ist eine Maßnahme, die politisch begründet ist. Sie darf aber nicht zur dauernden Auflösung des Syndikats und zur freien Kohlenwirtschaft führen! Darauf zu achten, liegt im Interesse der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter, aber auch der Fertigungsindustrie. In diesem Augenblick jedoch ist ein Streik darüber, ob unsere Kohlen frei oder gebunden bewirtschaftet werden sollen, müßig. Sie werden zunächst gebunden bewirtschaftet werden — aber von Frankreich.

Die deutsche Regierung läßt durch ihre Botschafter alle fremden Regierungen von dem vollzogenen Vertragsbruch der französischen Regierung offiziell verständigen. Der Botschafter

Mayer in Paris und der Gesandte Landsberg werden abberufen, die diplomatischen Beziehungen aber nicht abgebrochen. Das Missionspersonal bleibt unter Führung der ersten Sekretäre an Ort und Stelle.

Die Absicht der deutschen Regierung, die diplomatischen Beziehungen nicht abzubrechen, ist zu billigen. Ihr Abbruch ist leicht vollzogen, ihre Wiederherstellung ist schwerer. Ihre Aufrechterhaltung ist ein Zeichen dafür, daß Deutschland gewillt ist, seinen schweren Konflikt mit der gegenwärtigen französischen Regierung auf gewaltlosem Wege auszugetragen. Gewalt zu üben und sich damit vor den Augen der ganzen Welt noch tiefer ins Unrecht zu setzen, möge der anderen Seite überlassen bleiben.

Die vorliegenden Nachrichten sind schon schlimm genug. Wir müssen uns für die nächsten Tage auf noch schlimmere gefaßt machen. Der französische Militarismus, brutt, idiotisch wie jeder andere, wird, wo sich ihm passiver Widerstand entgegensetzt, ja, wo er ihn auch nur vermutet, zu Repressalien schreiten. Seine Willkür und damit auch die Erbitterung gegen ihn hat noch nicht den höchsten Grad erreicht.

So drohen uns schwere Gefahren auch im Rücken. Eine eiserne Disziplinierung der Geister tut not. Kein größeres Unglück könnte Deutschland widerfahren und Herrn Poincaré könnte kein größerer Triumph bereitet werden, als wenn sich die berechtigte Erbitterung in ziellosen Gewalttaten gegen Ausländer — schuldige oder unschuldige — äußern würde. Jeder Schlag, der einen Franzosen trifft, ist Herrn Poincaré Millionen wert. Jeder Schlag aber, der gegen einen anderen Ausländer geführt wird, Milliarden. Poincaré braucht Leute von der Gegenleiße, Deutsche, die noch größere Dummheiten begehen, als er selber. Er braucht Fremdenprogramme in Deutschland. Wer liefert sie ihm?

Die „Deutsche Zeitung“ liefert sie ihm, das völkisch-deutschnationale Blatt, das nach Gewalttaten schreit, obwohl es von deutschen sich für national haltenden Industriellen und nicht von den französischen Trustkongen bezahlt wird. Es braucht nicht jeder ein gefaufter Agent des französischen Imperialismus zu sein, der „Zwischenfälle“ arrangieren will. Es gibt Leute, die so entsetzlich dumm sind, dies umsonst zu tun und die darauf als auf eine nationale Tat noch stolz sind.

Können wir uns vor ihrer verbrecherischen Dummheit schützen, so brauchen wir nicht zu verzweifeln. Die Gewalt hat ihr Spiel noch nicht gewonnen. Wirtschaftliche und diplomatische Umstände, die ihr das Handwerk erschweren, werden nicht ausbleiben. Poincaré und die Poincaristen sind in Frankreich eine Minderheit, sie sind zweifellos eine kleine Minderheit in der Welt.

Es geht um eine große weltgeschichtliche Entscheidung. Es handelt sich darum, ob das unbewaffnete Recht sich im Kampf gegen erzipanzerte Gewalt behaupten kann. Alle Friedensfreunde, alle sozialistischen Arbeiter der Welt und vor allem auch Frankreich sind berufen, diesen Kampf mitzukämpfen, den Krieg zu Boden zu werfen, dem Frieden einen unblutigen Sieg zu erkämpfen und ein neues Europa zu schaffen, in dem das Recht gilt.

Deutsche Verwahrung vor der Welt.

WTB. meldet: Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Ausland angewiesen, bei den fremden Regierungen unter eingehender Darlegung der Sach- und Rechtslage gegen die Vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltspolitik Frankreichs und Belgiens Verwahrung einzulegen.

Abberufung Mayers und Landsbergs.

WTB. meldet: Botschafter Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an den Botschafterrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat der Gesandte Landsberg in Brüssel erhalten.

Der Protest Amerikas.

Washington, 10. Januar. (Reuter.) Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

London, 10. Januar. (WTB.) Dem New Yorker Berichtserfasser des „Daily Telegraph“ zufolge ist die Mißbilligung Washingtons bezüglich der französischen Befehung des Ruhrgebietes Frankreich offiziell durch den amerikanischen Botschafter in Paris Herrick übermittlel worden. Es sei jedoch kein formeller Protest erhoben worden.

London, 10. Januar. (TU.) Die „News Agency“ meldet, daß das Militärtransportschiff „St. Mihiel“ den Befehl bekommen hat, morgen von New York abzufahren, um die letzten Truppen aus Europa zurückzuholen. Es sind ungefähr 1500 Mann.

Die Auflösung des Kohlen Syndikats?

Nach der Verlegung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats von Essen nach Hamburg ist die Frage aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig ist, das Kohlen Syndikat aufzulösen. In einem Teil der Presse, auffallenderweise auch in der Schwerindustrie, wird die Auflösung des Abgabensyndikats als unmittelbar bevorstehend angekündigt, wozu sich die Interessenten dadurch eine Handhabe bieten würde, daß der gegenwärtige Syndikatsvertrag mit Ende dieses Jahres abläuft.

Nun hat seit dem Befehl über die Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau das Syndikat aufgehört, eine private Interessentenorganisation zu sein. Es ist vielmehr ein Organ der Kohlenbergwirtschaft und — wenn als solches bisher auch zu wenig ausgeübt — der Produktionsförderung. So sehr die Verlegung des Kohlen Syndikats auch den staatlichen Interessen entspricht — das Reich kann nicht den Friedensbruch der romanischen Entente ablehnen und dabei im trauten Verein mit ihrem Ingenieurkomitee die Politik der produktiven Pfänder unterstützen —, so wenig ist daran zu denken, daß man die Organe der Kohlenkontrolle für den innerdeutschen Markt in einem Augenblick abbaut, wo die Kohlenbasis Deutschlands durch die Besetzung Ostens erneut eingengt wird. Die Besetzung bietet die Möglichkeit, Syndikatszwangswise zu bilden. Die Unternehmer werden hoffentlich genug Verständnis für die Lage haben, um nicht gerade jetzt auf die freie Kohlenwirtschaft mit ihrer maßlosen unangehmen Preissteigerung zuzusteuern und die Arbeiterschaft zu zwingen, die Anwendung der Befehle gegen sie zu fordern.

Montanindustrielle und Ruhrgebietbesetzung.

Nach einer Meldung eines Berliner Abendblattes wollen die Führer der Montanindustrie beim Einmarsch der Franzosen aus dem Ruhrgebiet sich zurückziehen. Nach einer Meldung der U. ist das falsch. Sämtliche Führer der Montanindustrie bleiben an Ort und Stelle. Ebenso die Chefingenieure der großen Werke. Es ist auch keine Rede davon, daß durch die Kündigung und Verlegung des Kohlen Syndikats etwa eine Rückkehr zur freien Kohlenwirtschaft beabsichtigt ist. Der Reichskohlenkommissar wird seine Befugnisse genau wie bisher ausüben.

Bergarbeiter und Ruhrbesetzung.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter, die am Dienstag stattfand, beschäftigte sich mit den möglichen Folgen einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen. Man vertrat einstimmig den Standpunkt, daß sich die vom Internationalen Gewerkschaftsbund verkündete Parole „Nie wieder Krieg!“ auch auf solche kriegerischen Handlungen erstreckt, die gegen ein wehrloses Volk begangen werden. Alle Redner zu diesem Thema waren sich des Ernstes dieser Stunden bewußt. Die französische Regierung muß sich klar darüber sein, daß der Einmarsch französischer Soldaten in das Ruhrgebiet von der gesamten Arbeiterschaft als eine feindselige Handlung angesehen wird, gegen die vorzugehen die auf den internationalen Gewerkschaftskongress gefassten Beschlüsse verpflichten.

In der Annamarschzone.

Essen, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Durchfährt man das bisher schon besetzte Gebiet, das gegenwärtig unter den Vorbereitungen der Pflanzpolitik leidet, dann werden Erinnerungen an die Kriegsjahre 1914—1918 wach. Der Wahnwitz, der jeden Militarismus in seiner Erstblüte auszeichnet, diktiert Befehle ohne Rücksicht auf kulturelle und wirtschaftliche Notwendigkeiten der Bevölkerung. So muß wegen der Maßnahmen der Besetzung in Duisburg und Düsseldorf fast jeder Schulunterricht ausfallen. Milliarden dienen allein dem Transport der Hunderttausende, die jetzt mit rund hundert schweren Tanks gegen eine Bevölkerung ohne Waffen und ohne Kampfeslust aufmarschieren. Millionen wirft man zum Fenster hinaus, um dem Oberkommandierenden der neu eintreffenden Truppen, Herrn Degoutte und weiteren 15 Generälen ein Dasein in allerersten Rang zu verschaffen. In Düsseldorf wurden 3. B.

König und Kärner.

Konzertumschau von Kurt Singer.

In jedem Abend der Woche stand ein anderer Dirigent vor den Orchestern. In jedem Abend zeigte jeder, daß er etwas kann, die Orchester wiesen zum hundertstenmal ihre Einfühlungskunst nach. Weil neben Wert, und feiner, der ihm Sünde antat, und jeder war anders. Und kaum einer, von dem zu sagen wäre: der da überwiegt die Talente. Ist das Dirigieren eine so leichte Kunst, daß so viele nach dem Pulitzer drängen? Ist es eine so schwere Kunst, daß das Schwebende selbstverständlich, das Uebertragende so selten wird? Seit Nikisch tot ist, hören wir nicht auf, an ihn zu denken, von ihm zu sprechen. Bei ihm gab es kein Verlegen. Die musikalische Distanz, die er angefaßt hätte mit seiner Dirigentenhand, wäre bald zur Rose geworden. War ein Werk in sich vollendet, so blieb die Aufführung unter Nikisch mit dieser Vollendung im Einklang. War es schwach, so hob es die weltwärmende Grazie des Dirigenten in Sonnenhöhe. Nie aber hätte man es erlebt, daß zwischen Werk und Dirigent eine Luft sich aufstaut, daß man die fähige Distanzierung fühlte, die Schöpfer und Nachschöpfer voneinander trennt. Bis zuletzt, als er vergeblich versuchte, sein inneres Musikantenprogramm umzusetzen.

Bruno Walter, unter seinen Kollegen ein Kuserwähler, ließ im letzten Konzert schnell erkennen, daß er zu der phantastischen Sinfonie Berlioz kein inneres Verhältnis hat. Manches jugendliche Eiferer würde das besser, besserer, glühender hinbauen. Mit der zarten Beherrschung des Details kommt man da nicht aus. Der letzte Hauch Mozartschen Fühlens muß gelöst sein, wenn dieser räumliche Stille günden soll. In der vorräumten Detonanz dieser lebensnahen Einfälle muß atmen, in den Brand dieser Effekten muß brennen können, was uns das Werk ins Herz hämmern will. Walter ist ein so geschickter Techniker, daß es an Einzelwirkungen nicht fehlt. Doch ballen sich die Teile nicht zum Ganzen. Das Herz stand nicht still. Ein höchst subjektives anschaubar-genialistisches Kunstwerk bühte unter höchstgeschickter objektiver Führung ein Stück Genialität ein und steigerte damit die Unfindbarkeit.

Der Name Nikisch wand auf dem Programm des Holländers van Raalte. Für Nikischs Grabstein wurde musiziert und Mitzja, der begabte Sohn, spielte Schostakowitschs B-Moll-Konzert. Es ist anzunehmen, daß der Vater Nikisch für das Stillstehen des Vortrags mitverantwortlich ist. Aber weder die Annahme noch die Grazie haben sich hier vererbt, und das Temperament des virtuellen Spielers tobt sich in allzu harten, allzu klöbigen Schlägen aus. So bringt er für das äußerlich glanzvolle, innerlich nicht sehr erfüllte Werk auch nur äußeren Schall und gewundene Spielart auf. Das echte Feuer brennt anders. Der Dirigent van Raalte steht mit kluger Beherrschung des Apparats die Nikisch-Tradition technisch so fort, wie sie innerlich etwa Werner Wolff in sich vorführt. Beides mußte in einem einzigen Künstler gepaart sein, um das Innerliche zu verewigen, das nur noch helle Erinnerung ist. Zweifellos gehört aber Albert van Raalte zu den Dirigenten, die es aus Zwang und mit Hingebung sind; ja, das Gefängnis der russischen Musik klang hier oft so schön, daß man auf seine weiteren Leistungen gespannt sein kann.

für 300 Offiziere neue Quartiere

angefordert. Neben dem Stahnhof mußten andere im Dienste der Allgemeinheit stehende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Man schaute sogar nicht davor zurück, die Beschlagnahme der Räume des schweizerischen Konsuls in Düsseldorf zu verlangen. Daneben wird Systemlos requiriert Autos und Schreibmaschinen mußten geliefert werden; die Kosten für Betten, Zimmereinrichtungen und Bureaueinrichtungen grenzen an Milliarden. Immer neue Truppen sind im Annamarsch.

Wenn innerhalb der deutschen Arbeiterschaft im besetzten Gebiet und den Gebietsteilen, die besetzt werden sollen, nach wie vor

Nüchternheit vorherrschend

ist, so liegt dem die Erkenntnis zugrunde, daß mit großen Kosten nicht gedient ist. Was nützt ein langfristiger Generalkrieg, wenn die im Rationalismus wachenden Kommunisten ihn ausnützen, um ihren Zielen näher zu kommen, in Wirklichkeit aber Arbeiterblut aufs Spiel setzen. Schon taucht die Forderung nach der Räterepublik und der Bildung einer „Arbeiterregierung“ auf.

Mögen sich die reichsfeindlichen Elemente gebärden, wie sie wollen, die Arbeiterschaft bringt den Anbetern der Gewalt keine Sympathie entgegen, sie wird sich entschieden wehren und alles tun, was im Interesse der deutschen Republik liegt.

In Düsseldorf sind heute neu angekommen 10 000 Mann. Aus Duisburg sind vier französische Divisionen mit 80 Tanks im Annamarsch. In Mülheim sind am Dienstag zwei Kavallerie- und Infanterieregimenter ausgeladen worden, darunter ein Marokkanerregiment.

Durch die Straßen von Düsseldorf fahren fortgesetzt französische Automobile mit Möbeln und Hausgerät.

Insgesamt sind nach sicheren Beobachtungen an der Sanktionsgrenze gegen das Ruhrgebiet sieben neue französische Divisionen im Annamarsch und zum Teil bereits eingetroffen. Zwischen Duisburg und Düsseldorf sind am 8. Januar 41 Truppentransportzüge einliefen worden. In Neuf sind 52 Transportzüge eingetroffen. Die belgischen Besatzungstruppen werden, wie man beobachten kann, bereits mit Landwehr aufgefüllt, ein Zeichen, daß Belgien im Innern des Landes keine aktiven Truppen mehr hat.

Essen, 10. Januar. (B.Z.) Nachrichten von 7 Uhr abends zeigen, daß vorläufig an ein Vordringen in das unbesetzte Gebiet nicht gedacht wird. Die Truppen haben Anweisung erhalten, an ihrem Aufenthaltsort stehen zu bleiben. Die angemeldeten Züge bleiben aus. So trafen heute nur zwei Transportzüge ein, davon einer in Duisburg und einer mit belgischem Militär in Ruhrort, während für diesen Ort zwölf belgische Züge angemeldet waren. Auf französischer Seite rechnet man mit einer Verzögerung des Vormarsches um weitere drei bis vier Tage. In den vom Einmarsch bedrohten Städten sind die Ausführenden Lyon und Georges über eine beabsichtigte Annexion der Rheinlande in großer Aufmachung überall angeschlagen worden und werden eifrig gelesen.

Essens Gelöbnis.

Essen, 10. Januar. (M.B.) Eine Versammlung sämtlicher politischer Parteien nahm eine Entschlieung an, die ausspricht, daß der Aufmarsch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vollen Widerhall in den Herzen aller Essener findet. Angesichts schwerster Gefahr und härtester Not halte die Essener Bevölkerung am deutschen Vaterlande fest und erhebe lauten Einspruch gegen Rechtsbruch und Gewaltspolitik.

Reichsernährungsminister Dr. Luther ist in Essen eingetroffen.

Der Weltprotest der Arbeiterklasse.

Amsterdam, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 8. und 9. Januar in außerordentlicher Sitzung zu der Drohung der französischen und belgischen Regierung, das Ruhrgebiet mit Gewalt zu besetzen, Stellung genommen. Nach ausführlicher Berichterstattung der Genossen Thomas England, Jonhauz-Frankreich und Leipzig-Deutschland beschloß der Verwaltungsrat, einen einmütigen Weltprotest der Arbeiterklasse gegen jede Politik, die sich auf Gewaltmittel stützt, herbeizuführen. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert die angeschlossenen Mitgliedschaften in allen Teilen der Welt auf, ungefährmt zu verlangen, daß die Frage der Reparationen durch Schiedspruch des Völkerbundes entschieden werde, nicht

aber durch Anwendung von Mitteln, die nur zum völligen Chaos Europas führen können. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden beauftragt, sofort mit ihren Landesorganisationen in Verbindung zu treten, um vorzubereiten, daß nach Eingang weiterer Verhaltensmaßnahmen von der Internationale bestimmte Beschlüsse gefaßt werden können.

Ausländische Proteste.

Der Verband britischer Handelskammern macht in einer längeren Erklärung Reparationsvorschläge in dem bekannten Sinne der englischen Reichspolitik und erklärt sich gegen einen Druck auf Deutschland, der nicht von allen Alliierten verhindert ist.

Der frühere Vertreter Kanadas im Völkerbund Rowell wandte sich in einer Rede gegen die Reparationspolitik Frankreichs unter Anführung von Dokumenten, denen zufolge der Vertrag von Versailles von den zwischen den Alliierten und Deutschland vor dem Waffenstillstand vereinbarten Reparationsbedingungen abwich; es sei tief bedauerlich, daß in der Stunde des Sieges die Alliierten nicht die Grundsätze in die Tat umgesetzt hätten, für die der Krieg geführt worden sei und für die die Soldaten ihr Leben gelassen hätten.

Das „Journal de Genève“ bezeichnet die von Poincaré angekündigte einseitige Verlegung des Zollfördons an die geographische Grenze als Gewaltstreik und als feindseliges Vergehen gegen die Schweiz. Artikel 435 des Versailler Vertrags bestimme, daß Frankreich am Joncarregime nichts ändern dürfe ohne Vereinbarung zwischen Frankreich und der Schweiz. Wenn Frankreich seine Zolllinie an die Grenze verbringe, ehe diese Vereinbarung perfekt geworden ist, so verlege es den Versailler Vertrag in derjenigen Bestimmung, die für die Schweiz am wichtigsten ist. Sagt es Frankreich, das sich an den Versailler Vertrag anklammert, in diesem Augenblick zu, öffentlich von einem kleinen neutralen und besetzten Lande überführt zu werden, einen Artikel des Vertrags zu zerreißen, wie ihm dieser Artikel nicht paßt. Ein solcher Rechtsbruch könnte schwerwiegende Folgen nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Frankreich nach sich ziehen.

Erste Besprechungen.

Parteilung, Fraktion und Gewerkschaftsvertreter.

Für Mittwoch nachmittag 3 Uhr hatte die Reichsregierung die Parteiführer zu einer Besprechung in der Reichskanzlei eingeladen. Die sozialdemokratischen Vertreter waren an der Teilnahme verhindert, weil gleichzeitig eine Sitzung der sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorstände mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und mit Gewerkschaftsvertretern aus dem Ruhrgebiet stattfand. Hier wurde eingehend über die Lage im Ruhrgebiet und über die Stellung der Partei zu den schwebenden sehr ernstlichen Fragen gesprochen.

Um 4 Uhr wurde der Reichsregierung die französische Note, die den Einmarsch in das Ruhrgebiet antündigt, überreicht.

Der Reichstag wird schon am Sonnabend zu einer Vollkammerung zusammenzutreten, in der nach einer Regierungserklärung die Debatte über den französischen Vorstoß beginnen wird.

Mahnung zur Besonnenheit.

Die „Liga Junge Republik“ hat in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ und dem „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ einen Aufruf zur Besonnenheit und gegen den von Frankreich begangenen „neuesten und ärgsten Frevel einer großverwundlichen gewordenen Ehre von Intelligenzen und Samojedenknöpfen“ herausgegeben. Es wird in ihm bedauert, daß „bei uns gewisse nationalitäre Elemente die gerechte und einmütige Empörung des deutschen Volkes durch ein zügelloses Agitation zu mißleiteten versuchen, die letzten Endes nur den engeren Parteinteressen der lautesten Schreier dient und im Kern sich mehr gegen die deutsche Republik als gegen die eskalante Rechts- und Vertragsverletzung der französischen Regierungspolitik wendet. ... Wir brauchen in diesen Schicksalstagen keine Aufstachelung der Affekte, wir haben die heilige Pflicht, tühnen Kopf zu bewahren gegenüber allen Warmgerichten und inhaltslosen propagandistischen Phrasen, wenn wir auch weiterhin eine Politik betreiben wollen, die das Chaos nicht vergrößern, sondern überwinden soll.“

Absterbendes, wie die Pathétique, wird er seinem Meister aber nie als Regebornes nachziehen können. Da hat es Eugen Straub besser. Er bringt Unbekanntes von Franzosen, von Debussy und Chouffon. Das fällt heutzutage schnell die Säle und fordert Interesse heraus. Die „Duo-für-Eine“ Debussys allerdings ist ein Frühwerk, besangenen, tastend in liturgischer Stimmung und noch sehr monoton in Farbe und Ausdruck. Ein ungelehrter Frauenchor, die stillumbe Frau Pisking-Baas und die ätherisch schöne Helga Welte gehen sich für die Gesangsteile ein. Die B-Dur-Sinfonie Chouffons ist nur lächlig im Handwerk, nicht originell und nicht mystisch und nicht Brudnerisch. All das verleihele nur die Juma, nicht die Tat. Straub hat Rareren mit empfindlichen Endknöpfen. Seine Agilität kann geringer werden, sein Sinn für Nuancen darf bleiben. So wird er ein sinnvoller Interpret moderner Musik. — Ernst Wendel ist mit dem Feuer seines Temperaments und der Geradlinigkeit seiner Zeichnung ein berufen, ein das Wesentliche herausweisender Dirigent Brahmscher Musik. Er beherrscht die B-Moll-Sinfonie mit Kopf, Herz und Hand. So lockt er aus freihändig pointierten Bläser-Stellen neue Einfälle hervor und verfährt dabei kaum je eine große, bauende Linie. Schwarzweißkunst, Holzschmitt-Manier — ein Gewinn. Ehm Bieffer, der jugendliche Sänger, wird erst ein Gewinn sein, wenn seine spröde Baritonstimme in jedem gewünschten Augenblick soviel Schmerz und Innigkeit hergibt, wie der Text es verlangt. Bisher sind immer nur Dosen in der Wüste eines monotonen mezza voce wirklichen Kunstgut an Tönen. Sein Programm, das ihm Eise Schrent mit besonders eindrucksvoller und erlebter Beteiligung begleitete, war vorbildlich: Schumann, Mussorgski, Rudi Stephan (eine heilige Höchstbegabung) und Strauß. Und um dieses Programmes willen beden wir den regamen Künstler. Stefan Frenkel und Arthur Wolff spielten Johann Sonaten für Geige und Klavier in überlegener geistiger und tonlicher Eintracht. Der Ton des Geigers ist bestechend. Wolffs Sonate Op. 4 ist das Werk eines Augen, melodisch erfindenden Ukkelers, die Sonate von Hans Weber De u l f ein im modernen Melos sich frisch und originell tummelndes Ensemble-Stück, led, jugendlich und anscheinend höchst modern aus Ueberzeugung. Nicht immer schön klingend, doch von charakteristischem Ausdruck.

Die Notgemeinschaft der deutschen Kunst. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die seit Jahr und Tag besteht, entlastet eine ergebnisreiche Tätigkeit im ganzen Reich zur Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen und Vorkursen. Obwohl, wie nicht nur die Eingeweihten wissen, die Notlage auf allen Gebieten der Kunststoffe nicht minder brüderlich ist, als auf denen des Wissenschaftsbetriebes, will es mit der Gründung der parallelen Notgemeinschaft der deutschen Kunst nicht recht vorwärts gehen. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit hatte schon im Beginn des vorigen Jahres zu diesen Fragen Stellung genommen, und der Reichswirtschaftsratsverband bildender Künstler Deutschlands hatte gleichzeitig die Notwendigkeit einer Aktion für die Kunst dargelegt. Einen Plan für eine Notgemeinschaft der Kunst hatten die Künstler schon vor einem Jahre vorge-

legt. Inzwischen ist aber so wenig für die Sache geschehen, daß die Regierungsvorteiler jetzt im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats nichts weiter mitteilen konnten, als daß sie die Absicht haben, eine Summe im Reichsset anzufordern. Außer der Reichshilfe müssen aber dauernd stehende Einnahmen ins Auge gefaßt werden. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm einen Antrag einstimmig an, der die Regierung bittet, dafür einzutreten, daß Geldmittel, wie sie der Reichsgemeinschaft der Wissenschaft gewährt sind, auch zur Förderung der schaffenden Kunst (Schrifttum, Tonkunst und bildende Kunst) bereitgestellt werden. Er ist der Ansicht, daß die Verteilung der Mittel in erster Linie einem Selbstverwaltungskörper der Berufsangehörigen zustehen soll. Die geeigneten Vertreter der Berufe wären unter Mitwirkung der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Künstlerverbände unter den Berufsgenossen zu wählen. Hoffentlich kann dieser Apparat nun aber bald in Bewegung gesetzt werden.

Ein Ungeheuer der Tiefsee. Der Tiefseeforscher und -fischer Frank Mitchell-Hedges, der bereits eine Anzahl phantastischer Ungeheuer des Meeres ans Licht zog, erforscht gegenwärtig die Tierwelt der Bucht von Panama und hat in der Nähe von Taboguilla Point einen Sägefisch gefangen. Als der Fisch an der mächtigen Angelkette anhielt, zog er zunächst das Fischerboot 400 Meter nach der Bucht des Fischers „Cora“ hin und schleuderte das Schifflein dann so plötzlich gegen die Bucht, daß es beinahe zerstückelt wäre. Es gelang aber noch glücklich, das Boot an der Bucht festzumachen, und nun zog das Ungetüm auch die Bucht mit sich fort, samt Anker und allem und schleppte sie drei Stunden lang in der Bucht herum. Während dieser Zeit waren die Schiffer der Bucht des Tieres preisgegeben und durchlebten gefährvolle Stunden. Als aber dann seine Kraft nachließ, gelang es ihnen, ihn hoch genug emporzuheben, daß vier Erploisotugeln in seinen Leib gefeuert werden konnten. Unter großen Mühen zog man dann das Tier ans Land und stellte nun einen Sägefisch fest von 29 Fuß Länge und 19 Fuß Umfang in der Mitte, der etwa 2½ Tonnen wog. Beim Ausschneiden des Fisches fand man 36 Junge. Diese bewiesen, daß die Zahl der Zähne an der Säge in keiner Beziehung zu dem Alter der Fische steht, denn schon diese noch ungeborenen Fische hatten jeder 18 Zähne an der einen und 19 an der anderen Seite, dieselbe Zahl, die man bei den erwachsenen Tieren findet. Die jungen Sägefische werden als eine festbare Seitenheit naturhistorischen Museen überwiesen werden.

Paul Gauguin. Victoria Kr. 35. zeigt von Mitte Januar ab eine Kollektion der neuesten graphischen Blätter und Ganzzeichnungen von Paul Gauguin sowie eine umfassende Sonderkollektion von Gemälden und Graphik des Schweizer Malers Hermann Huber.

Ein hochgeborener Künstler. Der berühmte Bildhauer Falconet kamnte von sehr ähnlichen Leuten ab, schante sich aber seiner niedrigen Herkunft nicht. Bis ihn die Kaiserin Katharina II. nach St. Petersburg berief, damit er dort das Denkmäl Peter I. anfertige, wußte er ihm in der Holographie ein gewisses Ansehen verschaffen und verlieh ihm den Titel „Fürst Hochgeboren“. „Der Titel paßt vorzüglich für mich“, sagte darauf Falconet zu ihr: „Ich bin nämlich auf einem Korndoden in Paris geboren.“

Cuno und Braun gegen den Vertragsbruch.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete gestern nachmittag Reichsminister Dr. Cuno über die politische Lage. Im Eingang seiner Erklärungen verwies er auf den großen Ernst der Zeit, die nunmehr das deutsche Volk zu durchleben gezwungen wäre, nachdem die Pariser Konferenz erfolglos ausgegangen sei und nachdem wiederum deutschen Gebieten der Einmarsch französischer Truppen drohe.

Der Kanzler gab dann einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe. Aufbauend auf der Novembernote sei sie bestrebt gewesen, sich an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei gegangen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handele, über das von der anderen Seite entschieden werden sollte und zugleich, weil die Regierung glaubte, daß das Problem nur in gegenseitiger offener Aussprache lösbar sei. Darum sei versucht worden, obwohl Deutschland nicht eingeladen war, auf den

Konferenzen in London und Paris

mit Vorschlägen nicht zu gehen. Diese hätten sich innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehalten, weil ihm dazu der Vertrag von Versailles ein Recht gebe. Alles sei geschehen, um zu einer offenen Aussprache auch mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Herrn Poincaré wiederholt wissen lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiete unserer Industrie, die Hand böten. Poincaré habe diese Verhandlungen nicht zugelassen. Daneben hätten wir uns zugleich an die Konferenz in London gewandt. Dabei sei man sich klar gewesen, daß dieser Weg in doppelter Beziehung der unmittelbaren Ergänzung bedürfte. Die Londoner Vorschläge seien eine Art Vorlösung gewesen, obgleich man sich klar gewesen wäre, daß nur eine endgültige Lösung eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage darstellen werde. Ferner sei die Regierung sich klar gewesen, daß die Londoner Vorschläge dahin ergänzt werden müßten, daß insbesondere die deutsche Wirtschaft, die Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft, die vom Ausland immer noch als Träger des deutschen Reichtums angesehen würden, die Vorschläge in ihrer Ausführung gewährleistet werden. Daran sei in ununterbrochener Arbeit, in engster Fühlung mit den wirtschaftlichen Kreisen gearbeitet worden. Daneben sei der Versuch, mit Frankreich in unmittelbare wirtschaftliche Verhandlungen zu kommen, fortgesetzt worden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben. Der Grundgedanke der Vorschläge für Paris entspringe der Erkenntnis, daß zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage

Frankreich unmittelbarer Zahlungen bedürfe

und auf Zusammenarbeit der beiderseitigen industriellen Kräfte beruhe. Was die erste Frage betreffe, so sei angelehnt an den Bankenausschuß im vorigen Jahre ausgesprochenen Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reichs das einzige Aktuum, das wir haben, unser Kredit, und der sei äußerst gering, solange die Lasten des Vertrages von Versailles unbegrenzt auf das deutsche Volk drücken. Damit sei zugleich der einzige zuverlässige Wertmesser für unsere Leistungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage angespannt werden können. Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe als Anleihe ausgesetzt werden, die, auch wenn sie als solche nicht realisierbar wäre, der Entente gegenüber als Anleihe verzinst und amortisiert werden sollte. Es sei weiter ein doppelter Vorschlag hinzugefügt worden, wonach wir in bestimmten Zeiträumen weitere Anleihen aufzulegen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Reparation zugute kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantien unserer Wirtschaft gesichert werden. Ueber die Art der Sicherung mit dem Anleihekonsortium zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Verständigung mit den fremden Industrien zu gemeinsamer Kooperation erfolgen. Der Reichskanzler legte dann näher dar, weshalb man diese Pläne nicht durch eine Note der Konferenz in Paris übermitteln habe. Wir hätten dabei nicht, wie es in den Zeitungen vielfach geheißen habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrag dieser Pläne benannt, vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Anforderung den Plan schriftlich vorlegen und mündlich erläutern zu lassen.

Eine Antwort darauf ist nicht erfolgt.

Leider sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil sein finanzielles Ergebnis ihnen nicht genüge, als vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Methode des Borgens in der Reparationsfrage bestand. England wolle die Reparationsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt war, seine politischen Ziele zu verwirklichen, was ihm wertvoller sei als jede wirtschaftliche Lösung. Damit sei die Tendenz der Politik Poincarés vor aller Augen dargestellt, und die letzten Zweifel daran seien wohl für jeden geschwunden, seitdem Poincaré

den Friedenspakt

mit dem am Rhein interessierten Mächten abgelehnt habe. Der Reichskanzler betonte, daß wir diesen Friedenspakt aufrichtig und ernst gemeint hätten, und daß in der Abstellung der Kriegserklärung auf die Volkstimmung die sicherste Friedensgarantie für alle Zeiten gegeben war. Der Reichskanzler schilderte kurz die Verhandlungen über diesen Vorschlag und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland materiell und praktisch getan habe, was in seiner Kraft stand und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volkes und für die Abwehr der schrecklichen Ereignisse, die kommen würden, vereinbar sei. Wir hätten materiell Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht, wir hätten uns zu Garantien bereit erklärt und wir hätten endlich das letzte getan, was ein Volk tun könnte, indem wir den Plan einer Reparation zerstörten. So wies der Kanzler nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei. Was Frankreich wolle, bestätigten die

Nachrichten über die Truppenbewegungen.

die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese seien in Szene gesetzt worden, nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der arabischen Reparationsfrage, sondern mit den Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderen Verhandlungen, die selbst im Falle der Verletzung keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen vorläßen. Eingehend legte der Reichskanzler die Rechtslage dar und kam zu dem Schluß, daß

Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen

hätten. Das müsse zu um so ernstern Konsequenzen führen, als uns die französische Aktion gerade das Gebiet aus den Händen nehme, aus dem heraus diese Leistungen bisher geflossen seien. Aktive Gegenwehr sei dem deutschen Volke nicht möglich, aber es dürfe sich auch nicht willenlos dem Vertragsbrüche beugen. Die Reichsregierung werde ihren Protest gegen den Vertragsbruch allen Mächten notifizieren. Der Botschafter Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Botschaftspersonal werde dort bleiben. Die Reparationsleistungen würden den vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt werden, denn, wie in der Hamburger Rede ausgeführt, habe die Pfändnahme notwendig den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Befegung des Ruhrgebietes, der stärksten Quelle der

deutschen Wirtschaftskraft unsere Leistungsfähigkeit völlig zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort belassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Entscheidend sei für uns alle die Haltung des Volkes in Einheit und Würde, auch während der bevorstehenden Leidenszeit. Im Inneren müßten wir allen Wirtschaftsgeschehen entgegenstellen, die aus der Wegnahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte jetzt

jede unnötige Teuerung abzuwehren.

die insbesondere sich aus der wahnwitzigen sprunghaften Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die dem entgegenstünden, habe die Regierung Bemühungen hierzu eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gange und würden in den nächsten Tagen nach der Seite der Gewerkschaften hin weiter geführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einfacher Lebenshaltung bekennen. Zu Beratungen über diese Frage und die gesamte Lage seien die Herren Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Aller Erfolg unserer Bemühungen gegenüber dem Vertragsbruch hänge davon ab, ob wir die Kraft aufbrächten, wirklich durchzuhalten, alle zusammenzustoßen, Volk wie Staat, Wirtschaftskräfte wie politische Parteien. Das solle auch zum äußeren Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gegengezeichneten Aufruf des Reichspräsidenten, der dazu mahne, den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einheit und der ersten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung werde nicht ruhen, bis sie den Weg gefunden habe, durch Festhalten der bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. von Rosenburg, erstattete Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers, der heute nachmittag im Auswärtigen Amt erfolgt sei. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte Vertrags- und völkerrechtswidrige

Aktion protest

erhoben habe. Nach kurzer Aussprache, an der die Abgeordneten Müller-Fronen, Graf Bernstorff, Dr. Helfferich, Dr. Stresemann, Dr. Spahn, Koenen und Emminger teilnahmen, wurde mitgeteilt, daß das Plenum des Reichstages voraussichtlich am Sonnabend nachmittag einberufen werden solle.

Protest des Landtages.

Eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten.

Am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr trat der Preussische Landtag nach den Weihnachtsferien wieder zusammen. Infolge der gespannten politischen Lage waren das Haus und die Tribünen stark besetzt. Mit dem Ministerpräsidenten waren nahezu sämtliche Mitglieder der Regierung anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte für die Kommunisten Dr. Meyer-Dittrich, als ersten Punkt der Tagesordnung eine Große Anfrage der Kommunisten über die drohende Besetzung des Ruhrgebietes zu verhandeln. Da fast sämtliche übrigen Parteien Widerspruch erhoben, kann die Anfrage nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Darauf ergriff der

Ministerpräsident Braun

das Wort zu folgenden Ausführungen:

In schicksalsschwerer Zeit sind Sie wieder zusammengetreten. Als Sie vor dem Weihnachtsfest auseinandergingen, durften wir noch hoffen, daß die Vernunft und die Menschlichkeit über Siegerwahn und Machtgier siegen und den Leiden des schwerbedrückten deutschen Volkes endlich ein Ziel setzen würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Kaum ist der Klang der Weihnachtsglocken verhallt, die Friede aus Erben und den Menschen ein Wohlgefallen veränderten, und schon schickten sich die kriegerischen Scharen des siegestrunkenen, machtgierigen französischen Militarismus an, weiteres deutsches Gebiet unter ihre Fremdherrschaft zu zwingen. Der Mann, der zurzeit die Geschicke des französischen Volkes leitet und der schon so viel Unheil über Europa gebracht hat (Sehr wahr!), scheint nicht eher ruhen zu wollen, als bis er sein Kriegsziel, die

Zerschmetterung des Deutschen Reiches

und die Vernichtung seiner Wirtschaft erreicht hat. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Unter dem Vorwande, Deutschland habe die ihm durch das Friedensdiktat auferlegten Holz- und Kohlenlieferungen abzüglich nicht voll erfüllt, wird eine Anzahl französischer Divisionen mit ihrem ganzen fürchterlichen Kriegesgerät in bisher unbefestetes deutsches Gebiet gesandt, dessen friedliche, nur dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres daniederliegenden Landes lebende Bevölkerung damit den schrecklichen Leiden einer feindlichen Invasion ausgesetzt wird. Ich will hier kein Wort verschweigen, um die abenteuerliche Haarpolizei zu widerlegen, die der Staatsminister Frankreichs aufwendet, um seinen brutalen Gewaltakt mit dem Schein des Rechtes zu umkleiden. Der Herr Reichsaussenminister hat das bereits vor der europäischen Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit getan. Der Vertrag von Versailles gibt wirklich Möglichkeiten genug zum Quälen und Ausbeuten des deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Was aber seit Jahr und Tag dem rheinischen Volke angetan wird, und nunmehr auch noch auf die westfälische Bevölkerung ausgedehnt werden soll, geht weit über das selbst bei kühnster Auslegung des Friedensvertrages Zulässige hinaus. (Lebh. Zustimmung.) Was jetzt im Ruhrgebiet von den französischen Gewalthabern unternommen wird, ist nichts anderes als

ein schänder Vertragsbruch und ein brutaler Ueberfall

auf eine friedliche Bevölkerung und ist unter keinen Umständen mit völkerrechtlichen Argumenten zu begründen.

Dieser Gewaltstreik ist nicht nur brutal, er ist auch sinnlos. Denn einmal trifft er eine Bevölkerung, die nun schon seit Jahren demüht ist, unter Daranfügung ihrer ganzen Kraft die schweren Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen und durch ihre Arbeit zum Wiederaufbau beizutragen. Außerdem ist er aber, da er das wirtschaftliche Herz Deutschlands trifft, geeignet, auch zum Schaden des französischen Volkes und seiner Verbündeten die Reparationsfähigkeit Deutschlands völlig zu vernichten. (Lebh. Zustimmung.) Das Vorgehen der französischen Imperialisten gegen die wehrlose Bevölkerung des Ruhrgebietes wird — und das kann nicht oft und laut genug wiederholt werden — dem französischen Volke nicht zum Segen gereichen (Sehr richtig!), es bringt ihm keinen Nutzen, ist aber geeignet, die Wirtschaftskraft Deutschlands auf das schwerste zu schädigen und den Wiedereinzug des wahren Friedens in Europa auf absehbare Zeit zu vereiteln. Während die Völker Europas sich nach Frieden und Versöhnung sehnen, wird hier

neuer Haß und Erbitterung

gesät. (Sehr richtig!) Zu spät wird vielleicht Herr Poincaré einsehen müssen, daß sich auch mit Bonnetten nicht mehr Kohlen herausholen

lassen als Deutschland bisher bereits unter schwerster Schädigung seiner eigenen Wirtschaft auf Reparationskonto geliefert hat.

Immerhin: bis dahin wird die Bevölkerung einer weiteren preussischen Provinz den schweren Fuß des Eroberers auf ihrem Nacken zu fühlen haben. Schon jetzt leidet die Bevölkerung des Ruhrgebietes schwer unter der Wohnungsnot und dem sonstigen wirtschaftlichen Elend, das der Druck der Sieger uns beschert. Durch den Einmarsch vieler Tausend Soldaten mit ihrem ganzen Kriegstroph wird sich dieser Notstand zur Un-erträglichkeit steigern. Aus den Erfahrungen im Rheinland wissen wir zu Genüge, daß der französische Militarismus nach so ruhmlosen Siegen über eine entwaffnete und wehrlose Bevölkerung keine Rücksicht auf diese und ihre vitalsten Interessen und Bedürfnisse kennt. Die Reichsregierung und die mit ihr in vollem Einvernehmen arbeitende preussische Staatsregierung werden alles in ihrer Macht liegende tun, um der schwerbetroffenen Bevölkerung des neu zu besetzenden Gebietes beizuhelfen. (Bravo!)

Den nunmehr unter das Joch des französischen Militarismus geratenen braven Söhnen des Rheinlandes und Westfalens rufe ich auch von dieser Stelle zu:

„Haltet aus, laßt Euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen! Und vergeht nie, was Ihr Eucem preussischen, teuren deutschen Vaterlande schuldig seid! Steht allen Bedrückungen und Verführungen zum Trost treu zu ihm, wie alle deutschen Volksgenossen, von den bayerischen Bergen bis zu den Wogen der Ostsee, vom deutschen Rhein bis zu den Majurischen Seen treu zu Euch stehen werden! Vor der ganzen Welt erheben wir mit Euch flammenden Protest gegen die unerhörte, alles Völkerrecht verletzende Gewalttat, deren unmittelbares Opfer Ihr werden sollt. Wir können der Gewalt nur das Recht, der Willkür nur die Gesehlichkeit entgegenstellen in der unbeirrbarsten Hoffnung, daß Recht und Gesehlichkeit von dauerndem Bestande sein werden als Gewalt und Willkür.“

Lebhafter Beifall und Bravorufe bei der Beendigung des Hauses wird durch vereinzelt Pfeifen der Kommunisten unterbrochen. Einer der Kommunisten ruft: Es lebe das französische und das deutsche Proletariat! Darüber kommt es zu lebhaften Gegenübergebungen und Pfuirufen bei den bürgerlichen Parteien.

Ministerpräsident Herold (Senr.) beantragt mit Rücksicht auf die Bedeutung der Erklärung des Ministerpräsidenten und die allgemeine politische Lage Vertagung des Landtages und Ermächtigung des Präsidenten, den Zeitpunkt und die Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Kommunisten erheben gegen diesen Antrag, der einem Beschluß des Reichstages entspricht, förmlichen Protest. Gegen ihre Stimmen wird der Antrag auf Vertagung angenommen.

Präsident Einert schließt die Sitzung, die eine knappe halbe Stunde dauerte, mit folgenden Worten: „Ich verleihe die von der Besetzung bedrohte Bevölkerung der wärmsten Teilnahme des Landtages (lebhafter Beifall) und erkläre, daß auch der Landtag als vorkonstituierendes Organ des preussischen Volkes treu zu den Brüdern und Schwestern im neu zu besetzenden Gebiete stehen wird. (Erneuter lebhafter Beifall.)“

Trauerfeiern in den Schulen.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat heute an sämtliche Schulbehörden Preußens folgenden Erlaß gerichtet:

„Für den Fall des Einmarsches fremder Truppen in das Ruhrgebiet sind in allen preussischen Schulen am letzten Tage dieser Woche die Schüler und Schülerinnen zusammenzurufen und auf den Ernst der Lage hinzuweisen. In dieser Stunde soll die Trauer unseres deutschen Vaterlandes über die ihm von neuem angetane Gewalt auch bei unserer Jugend zum Ausdruck kommen.“

Diese Feier gilt dem Schmerz und der Empörung über das Unrecht, das einem entwaffneten und wehrlosen, ehrlich um die Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen ringenden Volke durch die widerrechtliche Befegung seines heiligen Heimatbodens geschieht. Sie gilt dem getreuen Gedenken an die Volksgenossen im Westen, deren gehäuftes Leiden unser aller Leid ist, und der tiefen Trauer, die unser Volk nur um so fester in allen seinen Gliedern zusammenzuschließen wird.

Sie gilt dem durch äußeren Zwang niemals zu erschütternden Glauben an die Heiligkeit des Rechtes und an eine hellere Zukunft unseres in gemeinsamer Not um so opferfreudiger zusammenstehenden deutschen Volkes.

Bei der Ansprache an die Schüler und Schülerinnen sind dem Verständnis der Jugend entsprechend die Rundgebungen des Herrn Reichspräsidenten sowie des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten in geeigneter Weise zu verwenden.

Die Trauerkundgebung ist Sonnabend in die dritte Unterrichtsstunde zu legen; danach ist der Unterricht zu schließen.

Wegen der Kürze der Zeit ist dieser Erlaß durch die Presse veröffentlicht worden.“

Fort mit dem Steuerunrecht!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund hatten vor Weihnachten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, unverzüglich eine Erhöhung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen. In der bekannten Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler hat sich dieser über die Veröffentlichung jener Eingabe sehr besorgt, es aber gleichwohl unterlassen, inzwischen irgendwelche Maßnahmen zu treffen, um diese unhaltbaren Zustände im Einkommensteuerwesen zu ändern.

Der ADGB, und der AFAB-Bund haben deshalb am Mittwoch erneut ein dringliches Mahnschreiben an den Reichsfinanzminister Dr. Hernes gerichtet und von ihm eine Auskunft über die Stellungnahme der Regierung verlangt. Es wird in dem Schreiben darauf verwiesen, daß bei dem heutigen Dollarstand, der bevorstehenden Broderteuerung und den gesamten übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Tagen herausgebildet haben, eine Beibehaltung der alten Beträge für Werbungskosten und sonstige Steuerabzüge unhaltbar geworden ist. Die beiden Spitzenverbände fordern vom Reichsfinanzministerium die sofortige Einbringung und Verabschiedung einer Vorlage beim Steuerauschuß des Reichstages im Sinne der Eingabe. Das Reichsfinanzministerium müsse sich darüber klar sein, daß eine weitere dilatorische Behandlung dieser Forderung die Aufrechterhaltung des Steuerabzuges vom Lohn unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen schon in allernächster Zeit überhaupt in Frage stellen würde.

Das Reichskabinettt stimmte heute der Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten der Reichsbehörden gemäß dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu.

Dem 75jährigen Friz Zubeil.

Der alte Parteiveteran Friz Zubeil begeht heute seinen 75. Geburtstag. Die Partei, vor allem aber die engeren Parteifreunde in seinem Wahlkreis Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg gedenken heute voll Dankbarkeit des Jubilars und seiner aufopferungsvollen Arbeit.

Raum ausgeleert, ging der junge Tischlergeselle Friz Zubeil auf die Wanderschaft. Und auf der Walze vernahm auch er das Echo des proletarischen Befreiungskampfes. 1867 trat er dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Mitglied bei und warb für die Vorkampfbattalione bis zu seinem unwillkürlichen Eintritt in die preussische Armee. Bald nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges und seiner Entlassung aus dem Militärdienst bestimmte ihn sein proletarisches Pflichtgefühl, sich erneut in die proletarischen Kampfereihen zu stellen. Vor 1872 ab entfaltete er in Berlin und in der Mark Brandenburg eine so rege Tätigkeit, daß er bald durch das Vertrauen der Berliner Parteigenossen auf wichtige und verantwortungsvolle Posten berufen wurde. In den Jahren des Sozialistengesetzes finden wir Friz Zubeil trotz aller Verfolgungen in den ersten Kampfreihen der Berliner Parteibewegung. Gehörte er doch in der illegalen Zeit von 1878 bis 1890 zu den stets Eingeweihten. Der Beschluß des Pariser Internationalen Arbeiterkongresses von 1889, der die Arbeiter aller Länder aufforderte, am 1. Mai jeden Jahres für den gesetzlichen Arbeitstagen und anderen weitgehenden Arbeiterrechten zu demonstrieren, hatte 1890 in der Partei in bezug auf die Durchführung des Mahlbefehles eine Krise hervorgerufen. Zwölf Berliner Parteigenossen, darunter Friz Zubeil, Theodor Glöck und Max Schippel, erklärten Ende März 1890 in einem Aufruf „Was soll am 1. Mai geschehen?“ daß der 1. Mai allüberall durch Arbeitsruhe begangen werden müsse. Dieser Aufruf fand nicht die Billigung des Zentralwahlkomitees der Partei. Ohne vorher mit den Zentralinstanzen der Partei Führung genommen zu haben, proklamierten die 12 Berliner Genossen die Arbeitsruhe. Ignaz Auer mißbilligte damals das Verhalten jener Genossen und empfahl ihnen, nicht eher Schritte in dieser Angelegenheit zu tun, bis die Fraktion als Vertreterin der Partei gesprochen hat. In der Zeit der Schwach- und Schandjahre wurde Friz Zubeil als ein glühender Propagandist sozialistischer Ideen von dem Unternehmertum bestraft. Dieses und vieles andere hielt aber unseren Alten nicht ab, nach wie vor seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache zu stellen. Am 11. Dezember 1889 wurde Friz Zubeil im 11. Berliner Kommunalwahlbezirk in einer Stichwahl zum Stadtverordneten gewählt. Seit dieser Zeit ist der Jubilar ununterbrochen Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und in bezug auf Amtsdauer das älteste Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Im Jahre 1893 eroberte er den Kreis Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg für die Sozialdemokratie und gehört dem Reichstag seitdem ununterbrochen als Mitglied an. Friz Zubeils Stärke lag besonders in der Rolle des Propagandisten und Agitatoren. Jeden Sonnabend und Sonntag zog er hinaus auf das Land, warb und agitierte für den Sozialismus und für die Partei. In dem Rieswahlkreis Teltow-Beestow gibt es kein Dorf und keinen Marktflecken, in dem Zubeil nicht zu den Menschen gesprochen hat. Sollte man das Leben unseres Jubilars auch nur in knappen Strichen wiedergeben, so wäre solch eine Schilderung auf das engste verknüpft mit einem guten Stück Parteigeschichte. Die Partei und all die Genossen, die durch ihre Parteiarbeit dem Jubilar nicht nur politisch, sondern auch menschlich näher getreten sind, nehmen heute an seinem 75. Geburtstag innigen Anteil und hagen die besten Glückwünsche für sein ferneres Wohlergehen.

Wäge unserm Alten noch manches Jahr beschieden sein, um in körperlicher und geistiger Frische in edlem Wettstreit mit den jungen Kämpferscharen der Partei zu arbeiten. Darum unser Glückwunsch und ein Hoch auf unsern alten Friz. Franz Künzler.

Das Markenbrot 570 Mark.

Befristung der Kleingebäckausgabe auf Karten.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Reichsgetreidestelle hat vom 15. Januar ab die Preise für Roggenmehl von 13000 auf 27000 M., für Weizenmehl von 14000 auf 29000 M. je Doppelzentner erhöht. Da auch die Unkosten der Mehlerzeugung und Gebäckherstellung sich in allen Einzelheiten inzwischen erhöht haben, beschloß der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung, den Preis für das 1900-Gramm-Brot für die Zeit vom 15. Januar ab auf 570 M. festzusetzen; die gleiche Menge freien Brotes kostet bereits in der laufenden Woche rund 730 M., und der Preis wird sich in der nächsten Woche voraussichtlich noch erhöhen. Die Kommunalabteilung festsetzt vom 15. Januar ab 20 M. Die geringe Ertragsleistung des heutigen Mehls der diesjährigen Ernte zwingt außerdem dazu, die wahlweise auf die Brotkarte gewährte Menge des Kleingebäcks, bei dessen Herstellung ein verhältnismäßig großer Ausbaugehalt eintritt, herabzusetzen; es können vom 15. Januar ab auf die Brotkarte nur noch vier Schrippen je je 50 Gramm an Stelle von 200 Gramm Großbrot, und zwar auf die Abschnitte F, G, H und J, entnommen werden. Der Preis des Küchenmehls beträgt vom 15. Januar ab 190 M. je Pfund.

Die AEG-Schnellbahn muß gebaut werden.

Mit dem Millionenrechtsstreit zwischen der AEG und der Stadt Berlin, der vor Jahren wegen der Weiterführung der Nord-Süd-Bahn entstanden ist und in zwei Instanzen mit einer Zurückweisung der städtischen Forderungen endete, beschäftigte sich auch das Reichsgericht als Revisionsinstanz. Die durch Geheimen Justizrat Dr. Funk vertretene Stadt Berlin hatte im Revisionsverfahren einen vollen Erfolg. Der Spruch des Reichsgerichts lautete: Das Urteil des Kammergerichts wird aufgehoben und das Urteil des Landgerichts Berlin dahin abgeändert, daß die Beklagte verurteilt wird, die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln auf der Strecke an der Neuen Friedrichstraße (die Ausführung dieses Streckenteiles war bisher nur eingeleitet) fertigzustellen. Die Kosten des Rechtsstreites hat die AEG zu tragen.

Der Kampf auf dem Schlächterwagen.

Der Schlächtermester Theodor D. aus der Kneisebedstraße im Neukölln fuhr kürzlich in den Abendstunden in übermäßig schnellem Tempo mit seinem unbekanntem Wagen die Hermannstraße entlang, so daß die anderen Fußgänger und die den Fahrdamm überschreitenden Passanten gefährdet wurden. Der wiederholten Aufforderung eines Beamten, anzuhalten, kam D. nicht nach, sondern fuhr unter großen Schimpfworten weiter. Der Beamte eilte dem Wagen nach, sprang von hinten hinauf und packte die Leine. Nun kam es zu einer aufregenden Szene. D. und seine zwei Mitfahrer versuchten, den Beamten vom Wagen zu stoßen, und verletzten ihn durch einen Stieb mit dem Peitschenstiel erheblich am

rechten Auge. In höchster Bedrängnis griff jetzt der Wachmeister, der jeden Moment vom Wagen zu stürzen drohte, zu seinem Seitengewehr und beriefte dem D. mehrere Schläge über Kopf und Oberkörper, so daß dieser stark blutende Wunden erlitt. Nachdem nun endlich der Wagen zum Stehen gebracht worden war, ergrieffen die beiden Mitfahrer die Flucht, während D. sich abermals auf den Beamten stürzte, und erst nach weiteren Schlägen konnte D. zur Wache gebracht werden.

Der Mörder seiner Frau. Das Ende einer Ehe.

Der tragische Ausgang einer unglücklichen Ehe bildete den Gegenstand einer Anklage wegen Mordes gegen den Schneider Friedrich Wilhelm Häring, der sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten hatte. Die Anklage entrollte das trübe Bild einer zerrütteten Ehe.

Der 29-jährige Angeklagte, ein armseliges, sehr wenig intelligent aussehendes Männchen, hat seine Ehefrau Elise durch drei Revolvergeschüsse getötet. Die Frau hatte ihn siebenmal verlassen, und immer wieder hatte er sie veranlaßt, zu ihm zurückzukehren. Als sie ihn zum letztenmal im November 1921 mit dem fünfjährigen Kind wiederum zurückließ, hatte sie ihren Aufenthalt verheimlicht, damit der Mann sie nicht wiederholen könnte. Häring ermittelte aber bald, daß sie bei einem Arzt in Zehlendorf in Dienst gegangen war. An einem Sonntag im Dezember lockte er sie frühmorgens durch Klingeln aus der Wohnung heraus und verlangte unter Drohungen, daß sie wieder zu ihm zurückkehre. Die Frau weigerte sich jedoch. Als sie ihm den Rücken kehrte, um in die Villa zurückzugehen, zog er blitzschnell einen Revolver und gab drei Schüsse auf die Frau ab, die sie zu Boden streckten und ihren Tod herbeiführten. Der Angeklagte miß den Revolver gekauft haben, um sich selbst und sein Kind zu töten, wenn es ihm nicht gelingen sollte, seine Frau zur Rückkehr zu bewegen. Als die Frau sich weigerte, habe er im Zustand der Besinnungslosigkeit auf sie geschossen. Von den Zeugen wird der getöteten Ehefrau das Zeugnis einer soliden anständigen Frau ausgesprochen. Dem Angeklagten dagegen wird nachgesagt, daß er ein liebes Leben geführt, sich mit fremden Frauenpersonen herumgetrieben, seine Ehefrau vernachlässigt und mißhandelt habe. Die Anklage auf Mord wird durch Staatsanwalt Zimmermann vertreten. Für die Verhandlung, zu der eine große Zahl von Zeugen geladen ist, sind zwei Tage festgesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am heutigen Donnerstag ihre erste Sitzung im neuen Jahr. Die Tagesordnung bringt nicht weniger als 75 Punkte, teils Reste aus früheren Sitzungen, teils neue Vorlagen, die sich seit der letzten Sitzung vor Weihnachten angesammelt haben. An der Spitze steht die Vorsteherwahl, deren Ausgang noch gänzlich ungewiß ist. Ein Teil der bürgerlichen Presse bezeichnet bereits die Wiederwahl Casparis als sicher, da die bürgerlichen Parteien sich geschlossen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Wepl erklärt hätten. Demgegenüber berichtet das „Tageblatt“ über starke Differenzen der bürgerlichen Parteien mit den Deutschnationalen, so daß durchaus noch nicht sicher ist, ob Dr. Caspari wieder als Kandidat aller bürgerlichen Parteien wird gelten können. Nebenfalls sind die Tribünenkandidaten angeht, die zu erwartenden „großen“ Tages sämtlich vergeben.

Zum Markthallenstreit erfahren wir, daß die heute stattfindenden Einigungsverhandlungen auf die persönlichen Bemühungen des Oberpräsidenten zurückzuführen sind. Die streitenden Parteien werden sich unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten sowie in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Böhm zusammenfinden. Die Kommissionsaktion des Magistrats, mit leitender Unterstützung der Genossenschaft Berliner Lebensmittelhändler, tritt jetzt wirksam in Erscheinung. Am Dienstag sind 21 Waggons Gemüse in Berlin eingetroffen und in allen Teilen der Stadt an Kleinhandlärer verteilt worden. Weiter wird uns mitgeteilt, daß heute mehrere Großfirmen in der Nähe von Markthallen und anderen Stellen unter dem Schutz der Polizei den Verkauf von Lebensmitteln in großer Maßstäbe aufnehmen werden. Einzelne Standinhaber hatten schon vorher mit dem Verkauf von Fleisch und anderen Waren begonnen.

In dem Mordprozeß gegen den früheren Schupowachmeister Otto Frankenberg, über den wir in der gestrigen Morgenausgabe berichtet haben, verneinten die Geschworenen des Landgerichts II vorgestern in später Abendstunde die Schuldfrage auf Mord und sprachen den Angeklagten des einfachen Totschlages unter Jubilation mildernden Umstände schuldig. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Ein Jahr Untersuchungshaft wurde dem Angeklagten angerechnet.

Großfeuer kam am Mittwochabend gegen 6 Uhr in Bohnsdorf bei Fallenberg nahe Grünau aus noch unbekannter Ursache zum Ausbruch. Es brannte eine mit Getreide und künstlichem Dünger gefüllte Scheune in solcher Ausdehnung, daß anfänglich das ganze Dorf gefährdet schien. Die Wehren aus der Umgegend waren in großer Zahl zur Stelle. Bei der Löschung, die durch Wassermangel aufgehalten wurde, erlitten mehrere Feuerwehrmänner Brandverletzungen. Die Brandstelle war bis spät in die Nacht hinein von der herbeigeeilten Bevölkerung umlagert.

Der Versuch mit dem Ein-Mann-Wagen bei der Straßenbahn soll von heute, den 11. Januar 1923, ab auf die Linie 6, Südring, Linie 20, Spandauer Hauptbahnhof bis Stadtpart bzw. Johannisplatz und auf alle Köppler Bororlinien ausgedehnt werden. Die Ein-Mann-Wagen sind als solche besonders gekennzeichnet. Um die Abfertigung der Fahrgäste nicht unnötig zu verzögern, bittet die Betriebsleitung die Fahrgäste, an den Haltestellen schnell aus- und einzusteigen und vor dem Besteigen des Wagens das Fahrgeld bereits abzuzahlen und unverzüglich nach dem Aufsteigen unaufgefordert an den Führer zu entrichten.

Vater werden ist nicht schwer, Vater sein aber sehr! Neben allem Sonstigen, was zur Ausstattung eines kleinen Erbenbürgers gehört, sind auch die Gebühren für die Hebammen abermals heraufgesetzt worden, und zwar betragen sie 100 Proz. von den Sätzen der Gebührenordnung vom 27. November 1922.

Englisch und Französisch. Mitten Rannor werden in der Sprachschule für Proletarier zum letzten Male Abendkurse in Englisch und Französisch für Anfänger ohne Vorkenntnisse beginnen. Anmeldungen: Sonnabend, den 13. Januar, von 5-7 Uhr abends und Sonntag, den 14. Januar, von 11-1 Uhr mittags in der Gemeindeschule Gipsstraße 22a (Nähe Bahnhof Börje), Zimmer 3.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Der Lehrplan der Arbeiterbildungsschule für das Quartal Januar/März 1923 ist erschienen und zum Preise von 10 M. bei den Obekuten der Kreisbildungsausschüsse und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, zu haben. — Sonntag, den 14. nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Str. 23: 4. Festkonzert (Auffische Musik), 1. Serie, gelbe Karten. Es wird ein Budget von 60 M. pro Karte erhoben. Einzelkarten zum Preise von 120 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und am Tage des Konzerts am Eingang des Saales. — Sonntag, den 15. Uhr im Neuen Theater am Zoo „Anatol“, vier Einakter von Schnitzler. Karten à 180 M. sind noch an der Kasse zu haben.

Verlust von Verbandbeitragsmarken. Einem Einkassierer des Deutschen Verkehrsverbandes sind am Montag, den 8. d. M., in seinem Bezirk

Karlstraße, Schiffbauerdamm um, oder auf dem Stadtbahnwege nach Spandau Beitragsmarken abhandeln gelungen. Da der Einkassierer erheblich 14, wird um Rückgabe der Marken an den Deutschen Verkehrsverband, Gendarmenpl. 2/3, Zimmer 48 III, oder Zimmer 31 II, gebeten. Der Kauf der Marken wird einstweilen gestillt. Verbandsmittglieder werden im eigenen Interesse dringend ersucht, falls ihnen von unbekannten Personen Beitragsmarken angeboten werden sollten, die Verkäufer sofort festnehmen zu lassen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Berlin-Mitte. Freitag, den 12. Januar, 7 Uhr. Vollerfassung aller Gliederkräfte der AEG, im Restaurant Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 23-24. Vortrag: „Kommune und Schule“. Jede Schule muß vertreten sein.
2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 12. Januar, 7 1/2 Uhr. Kreisvertreterversammlung in der Amalthea-Halle, Bremer Str. 11. Thema: „Stabilisierung der Mark und Steigerung der Produktivität“. Referent Dr. Klarenberg. Nachh. Ohne Delegiertenkarte kein Zutritt.
3. Kreis. Freitag, den 12. Januar, 7 Uhr. Sitzung der Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde bei Schmidt, Andreestr. 12, a. 2 Tr. Bestimmtes Erscheinen erforderlich.
4. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 12. Januar, 7 1/2 Uhr. bei Meier, Udenstr. 29. Sitzung der Geschäftsleitung mit den Abteilungsleitern, Kassierern und Vertreterinnen der Frauen. — 6. Kreis. Freitag, den 12. Januar, 8 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8. Sitzung der Zeitungskommission.
13. Kreis Tempelhof. Freitag, den 12. Januar, 7 Uhr. findet in Tempelhof, Borussia, Alte Neue Straße, bei Deun ein Sitzung des gesamten Kreisvorstandes statt. Persönliches und schriftliches Erscheinen notwendig.
14. Kreis Neukölln. Freitag, den 12. d. M., 7 Uhr. Sitzung des erweiterten Vorstandes an bekannter Stelle. — Parteigenossen, die in der Jugend mitarbeiten wollen, werden zu einer Sitzung am Freitag, den 12. Januar, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Vogelstr. 15, eingeladen.

Heute, Donnerstag, den 11. Januar:

Jungsozialisten. Gruppe 7: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Bernwehstr. 64. Dr. Bernberg über „Sinn und Zweck der Jugendbewegung“. — Gruppe Friedrichshagen: Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Bestimmungsbild in der Schule Straßmannstr. 6. — Gruppe Reinick: 8 Uhr im Jugendheim, Vogelstr. 15. Diebstahlabend: „Das letzte Wort der Jungsozialistischen Wälder“, „Karl Marx und wir“, „Das Volk von morgen“.

Morgen, Freitag, den 12. Januar:

14. Wkt. 7 1/2 Uhr: Funktionserklärung der Partei, Schweinender Str. 30. Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Arbeiter, 12. Verwaltungsbereich. 7 1/2 Uhr: wichtige Sitzung im Gymnasium, Pesehofsstr. Sämtliche Kandidaten und Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
106. Wkt. Jahreshilfestellung. 7 1/2 Uhr bei Gubin, Rosastr. Verhandlung mit allen Funktionären.

Jungsozialisten. Gesamtveranstaltung am Freitag, den 12. Januar, im Jugendheim, Lindenstr. 3. Reichsbundgebäudeleiter Schulmann-König spricht. Die Ortsgruppenveranstaltungen fallen an diesem Tage aus.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Aktion, Abteilungsversammlung. Am Sonnabend, den 13. Januar, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, die Abteilungsversammlung statt. Alle Abteilungen müssen wegen der wichtigen Tagesordnung vertreten sein. Abteilungen, die Änderungen ihres Abteilungsverbandes noch nicht gemeldet haben, müssen dies unbedingt noch vor der Konferenz des Jugendsekretariats mitteilen. Die Programme für den Monat Februar müssen umgehend abgegeben werden.

Heute, Donnerstag, den 11. Januar:

Genossenschaft: Jugendheim, Lindenstr. 16. Vortrag: „Kampf der Werte“. — Arbeiterjugend: Jugendheim, Gendarmenpl. 2/3. Vortrag: „Die Stabilisierung der Mark“. — Arbeiterjugend: Jugendheim, Gendarmenpl. 2/3. Vortrag: „Die Stabilisierung der Mark“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schwägerband der Schmeißerigen. Donnerstag 7 1/2 Uhr in Kameradschaftshaus, Alex. Platz, des Herrn Dr. Steiner. Die Stabilisierung der Mark.

Weiter bis Freitag mittags. Almas Köbler, zeitweise weiter, aber sehr unbedeutend mit wiederholten, im Rüstengebiet vielfach starken Regen- und Graupelstürmen.

Theater, Lichtspiele usw. Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, Deutsch. Theat., Kammerspiele, Gr. Schauspiel., Theater des Ostens, Casino-Theater, Urania, Central-Theater, U. T. Kurfürstendamm, Hermes-Film-Première, Komödiantenkind, Berliner Th., Pompadour, Residenz-Th., Kleines Th., Unmoralischen.

Theater, Lichtspiele usw. siehe auch nächstfolgende Seite!

